

Ablenkungsmanöver gestartet

Affäre um Maskendeals: CDU-Chef Laschet unter Druck. Debatte um neues »Regelwerk«

Markus Bernhardt

Wenige Tage vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am Sonntag versetzt die Affäre um bezahlte Vermittlerdienste von Bundestagsabgeordneten für Maskengeschäfte die CDU und die CSU weiter in Unruhe. Unter Druck gerät nun auch CDU-Parteichef Armin Laschet. Sollte der Skandal die Wahlergebnisse der CDU zu stark herunterreißen, könnte Laschets Plan, im September Bundeskanzler zu werden, schnell Makulatur werden. Laschet forderte am Montag abend in den ARD-»Tagesthemen« seine Parteikollegen auf, reinen Tisch zu machen. Es sei noch »Zeit, mir das persönlich zu sagen, bevor es auffällt, damit die Konsequenzen gezogen werden«.

Eilige Zustimmung erhielt Laschet, der neben seinem Amt als CDU-Vorsitzender auch Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen ist, vom dortigen CDU-Landesfraktionschef Bodo Löttgen. »Integrität und Anstand, wie sie Armin Laschet zu Recht für alle CDU- Bundestagsabgeordneten einfordert«, seien »unverzichtbare Voraussetzung auch für die Tätigkeit als Abgeordneter hier in Nordrhein-Westfalen«, deklarierte Löttgen am Dienstag in Düsseldorf. Man habe daher beschlossen, »ein eigenes Regelwerk« für die CDU-Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen einzuführen.

Auch die Justiz befasst sich nun mit den Maskengeschäften und den damit verbundenen Provisionszahlungen. Wie die Staatsanwaltschaft Mannheim am Dienstag dem Mannheimer Morgen mitteilte, habe die Behörde ein Überprüfungsverfahren gegen den nunmehr ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Nikolas Löbel eingeleitet. Gegen ihn seien auch mehrere Strafanzeigen eingegangen. Die Behörde prüfe nun, ob ein hinreichender Anfangsverdacht zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bestehe.

Hartmut Bäumer, Deutschland-Chef von »Transparency International«, forderte den Bundestag am Dienstag auf, seine Geschäftsordnung um Sanktionsmöglichkeiten für bestimmte Formen von Lobbyismus zu ergänzen. Auch die Fraktionen selbst sollten »mit einem abgestuften Sanktionsmechanismus von der Abmahnung bis zum Fraktionsausschluss« reagieren, sagte Bäumer den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Diesen Blättern gegenüber betonte der SPD-Kovorsitzende Norbert Walter-Borjans, dass »allen Demokraten« daran gelegen sein müsse, »dass Raffgier und Vetterwirtschaft in unseren Parlamenten keine Chance haben«. Er rief die Spitzen von CDU und CSU auf, gemeinsam mit der SPD »für wirksame Transparenz- und Sanktionsregeln« einzutreten.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Linke-Fraktion, Jan Korte, betonte in einer Mitteilung vom Dienstag, dass es für die Unionsfraktion als größte im Bundestag »ein Kinderspiel« wäre, binnen zwei Sitzungswochen gesetzlich verbindliche Regeln im Bundestag durchzusetzen. »Dass sie mit Ablenkungsmanövern wie freiwilligen Codices kommt«, zeigt Korte zufolge, »dass Laschet, Brinkhaus, Dobrindt und Söder es nicht ernst meinen mit dem Kampf gegen Korruption in den eigenen Reihen..

<https://www.jungewelt.de/artikel/398099.corona-und-geschäft-ablenkungsmanöver-gestartet.html>